WORTWECHSEL

BÜRGER INFORMIEREN BÜRGER | AUSGABE APRIL 2017





Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit mehr als 25 Jahren suchen wir mit unserem "Wortwechsel" den Dialog mit Ihnen. Gleichgültig, ob in Wahlkampfzeiten oder ob bei Mitbewerbern "Funkstille" zu verzeichnen ist. Vordergründiger Aktionismus, erst Recht ein Dauerwahlkampf, sind nicht unsere Anliegen. Uns geht es darum, Sie zu informieren: Wie soll sich unsere Stadt insgesamt weiterentwickeln? Wie schaffen wir es, als Kommune auch für die Zukunft fit zu bleiben? Wo sehen wir Chancen oder müssen wir eher Bedenken anmelden? Aber auch mit den Vorwürfen und Angriffen gegen uns ob vom politischen Mitbewerber oder dem Bürgermeister - wollen wir uns in dieser Ausgabe auseinandersetzen. Bilden Sie sich zu wichtigen Fragen, die Stadt betreffend, Ihre Meinung und lassen Sie uns die Ihre kennen. Sprechen Sie uns doch einfach an.

Mit den besten Grüßen

Ihr Klaus Ritter Stadtverbandsvorsitzender



IMPRESSUM
www.cdu-woerth.de
Herausgeber: CDU Stadtverband
Wörth am Rhein
Redaktion: Egon Förster, Klaus
Rinnert, Klaus Ritter (V.i.S.d.P),
Hermann Weiler
Bildnachweise: Archiv CDU,
fotolia.com – rotschwarzdesign
(Seite 04)

DER VORSITZENDE DER CDU-FRAKTION IM STADTRAT
JUERGEN WEBER STELLT SICH DEN "WORTWECHSEL"-FRAGEN

AUF DIE BREMSE nur nach reiflicher Überlegung

Der CDU wird unterstellt, nach der Bürgermeisterwahl zusammen mit dem Koalitionspartner Entscheidungen im Stadtrat "durchzudrücken". Will die CDU Stärke demonstrieren?

Das wollen wir gerade nicht. Wir haben dem Bürgermeister klar zu verstehen gegeben, ihn zu unterstützen, vor allem wenn es darum geht, Wörth fit für die Zukunft zu machen. Das bedeutet aber nicht, dass wir alle Visionen des Bürgermeisters gedankenlos absegnen, auch wenn der der Meinung ist, das würde schon der Respekt vor dem Amt erfordern. Wenn wir auf die Bremse treten, dann nach reiflicher Überlegung und mit gewichtigen Gründen. Schließlich wollen wir dem Bürgermeister kein Alibi liefern, dass etwas nicht weitergeht. Wir werden jede gute und sinnvolle Idee unterstützen

Sieht die CDU ihre zukünftige Funktion als Bremser?

Ganz gewiss nicht. Es überrascht nur wie schnell nach dem Willen anderer alles gehen soll. Die dürfen wir gerne an ihr eigenes Verhalten in der Vergangenheit erinnern. Als es zum Bespiel auch schon darum ging, Wohnraum zu schaffen.

Gemeint ist die Bebauung in der Herrenstraße?

Dazu gab es aufwendige und langwierige Vorverfahren. Es war der politische Mitbewerber, der sich außer Stande sah, hier wichtige Entscheidungen zu treffen. Weil Gesamtkonzepte fehlen. Die liegen bis heute nicht vor. Dem Stadtrat werden mittlerweile aber Entscheidungen von viel größerer Tragweite abverlangt. Und das vergleichsweise über Nacht.

Behauptet wird auch, die "CDU treibt die Stadt in die Verschuldung". Hat sie hier ihre Grundsätze aufgegeben?

Dank eines Bürgermeisters Harald Seiter und der CDU im Stadtrat ist es gelungen, hier nachfolgenden Generationen keine Altlasten im Rucksack zu hinterlassen. Harald Seiter hat das Stadtsäckel mit einem Kontostand übergeben, der dem bei seinem Amtsantritt entspricht. Die CDU hat ihre Politik mit Augenmaß auf keinen Fall aufgegeben. Wer anderes behauptet, möchte von den Gefahren ablenken, die an bestimmten Stellen für den Haushalt der Stadt entstehen.

Wo werden die konkret gesehen?

Wenn es zum Ganzjahresbad kommt, wenn die Sportanlagen verlegt werden, muss die Stadt in Vorlage treten, ohne der angeblich seriösen Refinanzierung sicher sein zu können. Das ist höchst spekulativ. Dort drohen die Gefahren für den Haushalt und die Leistungsfähigkeit der Stadt. Sicherlich nicht dort, wo es der Bürgermeister unterstellt. Er hat dabei übrigens einen demokratisch gefassten Mehrheitsbeschluss im Stadtrat in einer Art und Weise kommentiert, wie wir es in 36 Jahren nicht erlebt haben und auch Harald Seiters Vorgänger Karl-Josef Stöffler fremd war. Wenn man schon Respekt vor dem Amt des Bürgermeisters einfordert, setzt das auch ein gewisses Maß an Neutralität als Vorsitzender des Ratsgremiums voraus. Dazu gehört auch der Respekt vor einem Mehrheitsbeschluss im Stadtrat.

Wie geht es mit dem Prozess zur Entwicklung einer Strategie der Stadt weiter?

Wir hoffen, der Prozess kommt ins Rollen. Die "Wintergespräche" der SPD können zwar der Meinungsfindung dienen. Wir halten aber einen parteipolitisch unabhängigen Prozess für besser. Erst Recht muss der ergebnisoffen geführt werden können, ohne vorweg genommene Entscheidungen. Wenn es nur darum geht, die bereits getroffenen Entscheidungen zu bejubeln, kann man

sich einen Entwicklungs- oder Moderationsprozess sparen. Dann wären die rund 300.000 Euro des Landes aus dem Fenster geworfen.

Entwicklung des Schauffele-Geländes. Gewerbe oder Sportanlagen?

Vorhandene Sportanlagen durch neue auf dem Schauffele-Gelände zu ersetzen, ist eine Betrachtung wert. Zumal es verlockend erscheint, das Zentrum mit einer Verdichtung zu stärken. Genau so verlockend ist es, neue Sportstätten zentral zwischen Wörth und Maximiliansau zu schaffen. Die neuen Sportanlagen sollen mit den Erlösen aus der Vermarktung des jetzigen Sportgeländes auf dem Dorschberg finanziert werden. Das ist aber nur eine Möglichkeit. Aus Sicht der CDU sollte sich die Stadt darauf aber nicht voreilig und einseitig festlegen.

Welche weitere Möglichkeit sieht die CDU?

Vielmehr sollte eine gewerbliche Nutzung des Schauffele Geländes nicht ausgeschlossen werden. Sie ist eine weitere Möglichkeit, das Gelände zu verwerten. Mit den Erlösen könnten beispielsweise die vorhandenen Sportanlagen ertüchtigt werden. Sie an einer Stelle plattzumachen, um an anderer Stelle völlig neu zu bauen, könnte auch eine unwirtschaftliche Vernichtung von Vermögen bedeuten. So schlecht ist die Substanz der vorhandenen Anlagen nun mal nicht, als dass sich mit einer ad hoc Entscheidung die Abrissbirne rechtfertigen ließe.

Wird die Verlegung des Sportgeländes empfohlen?

In allen bisherigen Untersuchungen zur Entwicklung des Schauffelegeländes ist die Verlegung des Sportgeländes eine von vielen verschiedenen Varianten. Deren Vor- und Nachteile sind dabei dargestellt. Eine Empfehlung zugunsten einer Variante gibt es entgegen anderslautenden Behauptungen aber nicht.

Angebklich verhindert die CDU die Schaffung von weiterem Wohnraum?

Wohnraum lässt sich aus Sicht der CDU auch an anderen Stellen als auf den Freiflächen der Sportanlagen schaffen.



Der Einzugsbereich des Einkaufszentrums ließe sich auch mit einer Verdichtung der vorhandenen Bebauung stärken. Sie war an einigen Stellen auf dem Dorschberg vorgesehen. So würde sich mancher Eigentümer eines großen Bungalowgrundstücks sicher freuen, wenn er Wohnraum für Angehörige auf seinem Grundstück schaffen könnte anstatt eine große Rasenfläche pflegen oder gar pflegen lassen zu müssen.

Der CDU hat man nachgesagt, sie könne Ihre Haltung zur Entwicklung des Schauffelegeländes nicht begründen?

Die CDU hat jedenfalls in einem ausführlichen Antrag ihre Haltung zur Entwick-

lung des Schauffelegeländes dargelegt. Umso mehr ist es ärgerlich, wenn unterstellt wird, es gäbe keine sachlichen Gründe für ihre Haltung, sich nicht auf ein Sportgelände festzulegen. Die CDU bleibt dabei: Das wäre voreilig und einseitig entschieden. Zumal die betroffenen Nutzer - Schulen und Vereine aus Wörth und Maximiliansau – alles andere als erfreut sind über eine orts- und wohnortferne zentrale Sportanlage. Deren Zweifel, ob das Gelände ausreichend groß ist, sind jedenfalls nachvollziehbar. Schließlich braucht es für mindestens drei Sportplätze und eine Bienwaldhalle auch der Zufahrten und vor allem der Parkplätze. Schließlich sind die Einrichtungen dann ja nicht unbedingt fußläufig um die Ecke zu erreichen.

Büchelberg wird fit für die Zukunft



Trotz seiner Zugehörigkeit zur Stadt Wörth ist Büchelberg dörflich geprägt und wird als solches auch wahrgenommen. Um Büchelberg fit für die Zukunft zu machen, hat sich die CDU mit der Dorferneuerung, der Weiterentwicklung von Wohnraum und Erhaltung der kommunalen Einrichtungen Schwerpunkte für die kommenden Jahre gestellt.

Der strukturelle Wandel und die demographische Entwicklung bringen in den nächsten Jahren neue Herausforderungen für die Dörfer und die Städte, auch für Büchelberg. Diesen Herausforderungen stellt sich die CDU. Auf ihren Antrag wurde das Dorferneuerungsprogramm initiiert. Es soll mit Hilfe eines Fachbüros neue Impulse liefern. Im Mittelpunkt steht hier die Bürgerbeteiligung. Ziel ist es, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und den Erfordernissen anzupassen.

Wichtig für die Zukunft Büchelbergs ist die Erschließung des nächsten Abschnitts des Baugebietes "Wiesengrund Teil B". Der Bebauungsplan wurde überarbeitet und weitergeführt. Die Grundstücksgrößen der 10 Bauplätze und deren Zuschnitt sowie der Straßenquerschnitt wurden so gewählt, dass ein sparsamer Flächenverbrauch unter Erhalt einer guten Wohnqualität erreicht wird. Schon im ersten Abschnitt Abauten viele junge Familien. Dadurch wurden der Kindergarten und die Grundschule gestärkt. Beide Einrichtungen sind für unsere Dorfgemeinschaft von besonderer Wichtigkeit. Der Abschluss des Verfahrens wird 2017 erwartet. Die Erschließung soll umgehend folgen.

Beantragt hat die CDU auch eine Untersuchung für den Bau eines Multifunktionsgebäudes. Es soll sanierungsbedürftige Anlagen wie die Mehrzweckhalle und das Feuerwehrgerätehaus ersetzen. Damit wären wichtige Infrastruktureinrichtungen zentral an einem Ort und könnten dort wirtschaftlicher betrieben werden als an getrennten Standorten.

Kunstrasenplätze

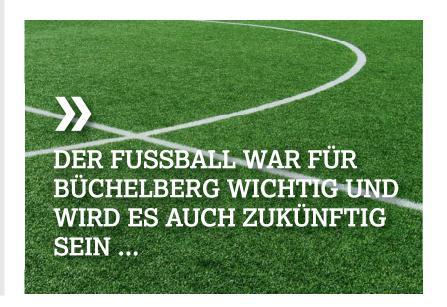
und andere Einrichtungen der Stadt

Immer wieder wird versucht, die CDU als diejenige darzustellen, die mit Kunstrasenplätzen die Stadt in die Verschuldung treibt. Tatsache ist: Auch die SPD hat sich Kunstrasenplätzen weder in Maximiliansau noch in Büchelberg verschlossen. Der CDU Antrag für die Errichtung der Kunstrasenplätze entspricht ganz nebenbei dem, was vor zwei Jahren für die Finanzplanungsjahre 2017/2018 angesetzt worden war. Übrigens einstimmig. Auch in dem einen oder anderen Wahlkampf ist man von Seiten der SPD alles andere als der Gegner von Kunstrasenplätzen in Erscheinung getreten. Im Gegenteil!

Ist ein Kunstrasenplatz für Büchelberg angemessen? Die gleiche Frage stellt sich aber auch an anderer Stelle in unserer Stadt. So können wir der Kritik an der Größe der Kulturhalle in Schaidt nur schwer widersprechen. Ist es angemessen, eine Halle mit so vielen Plätzen wie in der Tullahalle in Maximiliansau zu errichten? Nebenbei: Niemand hält die Tullahalle für zu klein! Deshalb sind in erster Linie die gefordert, die Größe der Kulturhalle zu rechtfertigen, die sich mit größtem Nachdruck dafür eingesetzt haben.

Die gleichen Leute sprechen den Büchelbergern aber den Kunstrasenplatz ab. Eine Sportanlage, die selbst in kleineren Orten wie Minderslachen oder Ramberg eine Selbstverständlichkeit ist. Ein Sportplatz in Büchelberg ist für den Ort mindestens genau so wichtig wie in Schaidt eine Kulturhalle für über 300 Personen an Tischen. Jawohl: Die CDU bevorzugt in Büchelberg den Fußball. Weil der dort schon immer angesehen war. Deshalb hat dort auch kein Verein den Platz gebaut, sondern die Gemeinde. Das war ihr der Platz wert, weil der Sportverein identitätsstiftend ist. Heute ist er auch für junge Familien wichtig. . .

Der Fußball war für Büchelberg wichtig und wird es auch zukünftig sein. Ob das anderenorts noch als zeitgemäß erscheinen mag, soll dahingestellt sein. Nur: In Büchelberg ist nichts anderes beabsichtigt. Kein Tennisplatz, erst Recht keine Tennishalle. Es geht um einen Fußballplatz der Gemeinde und nicht des Vereins. Ob in Büchelberg auf Dauer zwei großartige Fußballplätze von der Stadt unterhalten werden können, erscheint durchaus fraglich. Aber das ist Zukunft, um so mehr ist die Entscheidung für einen Kunstrasenplatz jetzt umso richtiger. Denn der Hartplatz in Büchelberg ist alles andere als bespielbar. Diese Erkenntnis hat die Ortsbesichtigung wohl auch bei dem einen oder anderen aus der SPD-Fraktion gebracht. Auch wenn es Genossen gegeben hat, die diese Erkenntnis ihren Parteifreunden ausreden wollten.





Unsere Stadt hat sich als Sportstadt profiliert. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ganzjährig zu schwimmen. "Das soll auch zukünftig so sein" bekennt sich die CDU in Wörth weiterhin zu den Bädern in der Stadt.

Nun geht es um das Konzept für die Zukunft. Dazu liegt mittlerweile ein Gutachten einer mit der Bäderwelt bestens vertrauten Beratungsgesellschaft vor. Sie hat festgestellt: Der Umbau des Badeparks zu einem Ganzjahresbad ist mit annähernd gleichen wirtschaftlichen Ergebnissen möglich wie die Sanierung und die moderate Attraktivierung der beiden bisherigen Standorte. Deren weiteren Betrieb empfehlen übrigens die Gutachter. Der Zustand von Hallenbad und Badepark ist vergleichsweise zu gut, als dass man zwangsläufig zu dem Ergebnis kommen müsste, einen der beiden Standorte aufzugeben.

Unberücksichtigt lassen die Gutachter allerdings die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten, die bei einem Ganzjahresbad am Badepark auf dem Gelände des heutigen Hallenbades entstehen. Diese zu bewerten, ist aber mit erheblichen Spekulationen verbunden. Das gilt im Übrigen auch für die Baukosten für die Errichtung eines Ganzjahresbades beim Badepark. Hier bietet die bisherige Planungsschärfe noch keine ausreichende Entscheidungsgrundlage.

Deshalb hat sich der Stadtrat dazu entschlossen, eine Vorplanung zu beauftragen. "Wir wollen wissen, ob die als Obergrenze angesetzten 15 Millionen Euro ausreichen, um ein Schwimmbad zu errichten, das unseren Vorstellungen entspricht, damit vertretbare Defizite für den städtischen Haushalt gewährleistet werden können.

Gegenüber den Entscheidungen in der Vergangenheit haben sich nach Einschätzung der CDU die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. So ist bei allen Entscheidungen über die Bäder in der Vergangenheit das Hallenbad in einem besseren Zustand als heute gewesen. Jetzt müsste erheblich Geld in die Hand genommen werden, um das Hallenbad dauerhaft weiterbetreiben zu können.

Den bisher ermittelten Investitionsbedarf für ein Ganzjahresbad im Badepark darf man zwar nicht verkennen, jedoch lässt sich der zu vergleichsweise viel geringeren Zinsen finanzieren als das in der Vergangenheit möglich war. Insoweit sieht auch die CDU nunmehr Chancen für ein Ganzjahresbad. "Die sollen aber genauer untersucht werden, als das bisher beauftragt war" will sich die CDU nicht in ein finanzielles Abenteuer drängen lassen.

Bürgerpark mit erneuerter Minigolfanlage, Pavillon und Begegnungsstätte beleben

Der Bürgerpark soll für alle Altersgruppen attraktiv gestaltet werden". Darin sehen Stephan Jäger und Jürgen Weber das wesentliche Ziel eines Arbeitspapiers, das eine überparteilich zusammengesetzte Gruppe erstellt hat. Der gehören auch Weber und Jäger als Vertreter der CDU-Fraktionen im Stadt- und Ortsbeirat an. Aufgegriffen habe die Gruppe viele Vorschläge von Bürgern. Dazu gehöre neben einer attraktiven Minigolfanlage auch eine Begegnungsstätte mit Gastronomie. In der Erweiterung des Kinderspielplatzes besteht die Idee, für Jugendliche einen attraktiven Bereich zu gestalten. Ein Parcours, der zur Bewegung animiert, soll auf der gegenüberliegenden Seite des Parks in Richtung Altenzentrum entstehen.

Erhalten bleiben soll natürlich die große Festwiese für größere Veranstaltungen wie zum Beispiel Stadtfest, Konzerte oder Vereinsfeste. Auch der Pavillon soll stärker durch die Vereine genutzt werden können. "Bestehendes soll erhalten und in Neues integriert werden", wollen sowohl Jäger als auch Weber den Bürgerpark nicht völlig "umkrempeln" lassen. Wichtigstes Ziel ist es: "Leben in unseren schönen Park!"

2000

Spätestens ab diesem Jahr Gespräche auf Bundesebene über die Notwendigkeit Entlastungsbrücke, SPD-geführte Landesregierung Rheinland-Pfalz spricht bis 2012 lediglich von einem "leistungsfähigen Rheinübergang", was immer das sein sollte.

2011

drei Jahre nach Abschluss des Linienbestimmungsverfahrens wird durch Landesregierungen das Planfeststellungsverfahren eingeleitet – über 5 Jahre danach noch nicht abgeschlossen.

Weil Stuttgart und Karlsruhe ständig durch neue Schikanen verzögern: Faktencheck, zusätzliche naturschutzrechtliche Auflagen.

1966

Heutige Rheinbrücke in Betrieb genommen, ausgelegt für 35.000 Fahrzeuge pro Tag. – Dazu im Vergleich aktuelle Situation: bis zu 80.000 Fahrzeuge pro Tag! Reduzierung des Verkehrs und Verlagerung auf Stadtbahn sind Illusionen. Lezteres scheitert aus Kapazitätsgründen von Bahn und Stadtbahn.

2008

Im Linienbestimmungsverfahren wurden zahlreiche Alternativtrassen akribisch geprüft. Als optimale Lösung hat sich die "Nordvariante", eine zusätzliche Rheinquerung im Bereich des Wörther Hafens, ergeben.

2016

Sperrung Brücke für zusätzlichen Schwerlastverkehr über 44 t. Damit Gipfel der Überlastung endgültig offenkundig. Denn unzureichende Konstruktion (für nur 35.000 >KFZ/Tag) macht immer wieder aufwendige Sanierungsarbeiten erforderlich, dadurch immer wieder Verschärfung der Stausituation.

Die zweite Rheinbrücke – eine Geschichte von Ignoranz und

Eigentlich sind wir es leid, uns ständig mit der unendlichen Geschichte der längst erforderlichen zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe zu beschäftigen. Und eigentlich ist es unbeschreiblich, wie durch Verantwortungslosigkeit und Ignoranz der grünroten bzw. rot-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie der SPD in Karlsruhe seit vielen Jahren täglich tausenden Autofahrern im Stau Lebenszeit und Energie gestohlen wird. Hinzu kommen massive Belästigungen durch Ausweich- und Schleichverkehr in Wörth, Maximiliansau – und Knielingen! Schlimmer noch: ein Kollaps des Verkehrs mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden bei Sperrung der überlasteten Brücke wird in Kauf genommen. Dass dies alles nicht Schwarzmalerei ist, zeigt die "Chronik".

2017

Karlsruher Stadtrat wärmt Diskussion über die Variante "Parallelbrücke" auf: Zweite Brücke soll zwischen bestehende und Bahnbrücke "geschoben" werden. Nach Expertenmeinung aus technischen Gründen unmöglich. Zudem werden Belange der Menschen in Maximiliansau mit Füßen getreten.

2017

Einbau zusätzlicher Stützen unter der Vorlandbrücke in Maximiliansau, da bestehende Konstruktion offensichtlich heutigen Belastungen nicht mehr gewachsen.

2018

Generalsanierung der Brücke zwingend erforderlich, Dauer ca. 9 Monate, teilweise Totalsperrung beider Richtungsfahrbahnen an mehreren Wochenenden. Einigkeit links und rechts des Rheins besteht wenigstens inzwischen in einem Punkt: eine Nordbrücke ohne Anbindung an die B 36 macht keinen Sinn. Dementsprechend wurde dafür inzwischen ein separates Planfeststellungsverfahren eingeleitet.

Beliebte Argumentation bei Verzögerungen war stets der Verweis auf nicht gemachte "Hausaufgaben" des Bundesverkehrsministeriums. Spätestens seit dem Beschluss der Bundesregierung im August 2016, die Finanzierung der Brücke in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen, entfällt auch diese Ausrede. Die erforderlichen Mittel sind verfügbar! Bei alledem bleibt unerfindlich, warum - mit Ausnahme der CDU - im Karlsruher Gemeinderat die 2. Brücke ausschließlich als Steckenpferd der Pfälzer diskutiert wird, obwohl unbestritten ist, dass nicht nur Knielingen unter der Fokussierung des Verkehrs auf einen Übergang seit Langem leidet.

Und es bleibt unerklärlich, warum die Pfälzer SPD-Oberen nicht bei "Ihrem" SPD-Bürgermeister Mentrup und ihren Genossen in Karlsruhe (und Stuttgart) Sturm laufen, um endlich dafür zu sorgen, dass auch dort das Problem rational betrachtet wird.

Dies gilt erst recht nach dem Debakel um die Schiersteiner Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden. Es hatte in Anbetracht der dort in kurzer Entfernung verfügbaren Ausweichbrücken geradezu vernachlässigbare Folgen im Vergleich zu einem Totalausfall der Wörther Rheinbrücke – und der ist, nach allem was wir wissen, leider eine reale Gefahr.

Verantwortungslosigkeit



Hermann Weiler beschäftigt sich seit
Jahren mit den Planungsverfahren zum Bau
einer zweiten Rheinbrücke. Vor allem die Auswirkungen des Schleichverkehrs auf die Wohn- und Lebensqualität
in Wörth und Maximiliansau sind für ihn Anlass zur Sorge.
Mit einer Nordbrücke sieht der erfahrene KOmmunalpolitiker die
Anwohner an der B 9 in Wörth und der B 10 in Maximiliansau
um 25.000 Fahrzeuge pro Tag entlastet.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wir haben in Wörth und im Landkreis Germersheim bereits vieles erreicht. Unser Landkreis entwickelt sich mit Riesenschritten positiv Richtung Zukunft. Und ich habe viele weitere Ideen. Meine wichtigsten Ziele als Landrat:

- → Den Landkreis Germersheim wollen wir als Technologieregion entwickeln.
- → Die Mobilität gilt es, zu verbessern: Stadtbahn und Busse müssen zuverlässiger werden.
- → Den Breitbandausbau wollen wir energisch vorantreiben bis in den Gigabit-Bereich.
- → Die Zweite Rheinbrücke muss endlich gebaut werden.
- → Die Modernisierung unserer Schulen wollen wir zügig weiterführen, so wie wir dies in Wörth gerade machen.
- → Wir wollen unsere Vorreiterrolle als familienfreundlicher Landkreis weiterentwickeln.
- → Deshalb wollen wir Häuser der Familie einrichten und das Netzwerk für Senioren ausbauen, um die Lebensqualität bis ins hohe Alter zu erhalten.
- → Auch die Kindergärten wollen wir bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Es gibt viele weitere Themen, Ziele und Ideen, über die Sie sich gerne informieren können, z.B. in meiner Broschüre oder auf meiner homepage. Wenn Sie Fragen haben, können Sie mich gerne ansprechen oder einen Termin vereinbaren. Auch wenn wir im Kreis Germersheim gut dastehen, so gibt es vieles zu tun, damit wir besser bleiben.

Diese Arbeit möchte ich fortsetzen. Mit Beharrlichkeit, meiner ganzen Erfahrung und mit Herzblut. Um die Zukunft von uns und unseren Kinder weiter zu verbessern.

Meine bisherigen Jahre als Landrat haben gezeigt:

Was ich verspreche, halte ich - dies gilt auch für die Zukunft.

Darauf können Sie sich verlassen.

Deshalb bitte ich Sie am 14. Mai erneut um Ihr Vertrauen. Bitte unterstützen Sie mich. Gehen Sie wählen und schenken Sie mir erneut Ihre Stimme. Vielen Dank.

Herzlichst

1161

Dr. Fritz Brechtel

Landrat des Landkreises Germersheim

